

Sektion Biographieforschung

Jahrestagung 2013

»The individual is not to be conceived of as a sort of elementary nucleus ... on which power comes to fasten ... In fact, it is already one of the prime affects of power that certain bodies, certain gestures, certain discourses, certain desires, come to be identified and constituted as individuals« (Foucault)

Die Jahrestagung der Sektion Biographieforschung fand am 17. und 18. Januar 2013 an der Universität Kassel statt und wurde von Helma Lutz, Elisabeth Tuijer, Martina Schiebel, Tina Spies und Ina Alber organisiert.

Ihren Ausgangspunkt von einer Foucaultschen Perspektive auf Subjektivität nehmend, beschäftigte sich die Tagung mit möglichen Verbindungen von Diskursanalyse und Biographieforschung. Das Programm war orientiert an den Fragen *Was*, *Warum* und *Wie* methodologisch und theoretisch durch eine derartige Annäherung zweier Forschungszugänge erreicht werden kann. Im Folgenden wird nachgezeichnet, welche Rolle die Referent_innen dem Subjekt in der Verbindung von Individuellem und Sozialem und damit auch von Diskurs- und Biographieforschung zuschreiben.

Johannes Angermüller zeigte, dass die methodologischen Ansätze sowohl der Biographie- als auch der Diskursforschung sich mit Subjektivität und Prozessen der Identitätskonstruktion beschäftigen, jedoch unterschiedliche theoretische Rahmungen, z.B. von Akteuren, zugrunde legen. Er konzeptualisierte den »Diskurs als Positionierungsprozess« und verschob damit den Fokus von »Was wird gesagt« zu »Wer spricht?«. Subjektivierung wurde von *Ann Phoenix* in ihrem Eröffnungsvortrag anhand autobiographischer Narrationen, den sogenannten »small stories«, erläutert. In Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der gegenwärtigen situativen Einbindung und einer antizipierten Zukunft wird Identität konstruiert. So konstituieren Sprecher_innen sich im Kontext sozialer Normen als Subjekte und konstruieren »liveable (future) lives«.

Verschiedene Beiträge bearbeiteten das Verhältnis von sich wandelnden Diskursen und Subjektivierungsweisen. Mit dem Diskursbegriff von Laclau und Mouffe wurde die Unabschließbarkeit und die andauernde Umkämpftheit diskursiver Ordnungen beschrieben (*Britta Hoffarth* und *Ralf Mayer*). Herausgearbeitet wurde so die grundlegende Annahme von Erzählungen strukturierenden und »Lebensgeschichte »durchziehenden« diskursiven Grammatiken«, wie auch die kontinuierliche Prozesshaftigkeit des Subjekts und seiner Selbstbeschreibungspraxen. Zu der Aneignung und Aushand-

lung von Diskursen in biographischen Narrationen wurden unterschiedliche theoretisch-methodologische Analyseperspektiven eingenommen, wie die Rekonstruktion der Aneignung diskursiver Subjektfiguren im Zuge von Imperativen der Selbstregulierung mit einer praxeologischen Subjektivierungsanalyse (*Alexander Geimer*) und die Analyse der Aushandlungen von gesellschaftlicher und »eigener« Geschichte in gesellschaftlichen Transformationsprozessen und deren Implikationen für die Ziehung von Grenzen zwischen sozialen Gruppen mit biographieanalytischen Methoden (*Ulrike Gatzemeier*). Dabei wurde die Aneignung von Diskursen durchgängig von einer reinen Übernahme abgegrenzt, jedoch nur teilweise die Möglichkeit aufgezeigt, biographische Narrationen als »Medien der Diskursproduktion« zu analysieren. Mit der objektiven Hermeneutik wurden Wechselverhältnisse von vorherrschenden Prekaritätsdiskursen und dem Gegendiskurs der »autonomen Künstler_in« in ihrer biographischen Einbettung rekonstruiert (*Sophie Pfaff*). Mit der Analyse von institutionellen Rahmenbedingungen, Dispositiven und Selbsttechniken der Distanzierung von Diskriminierungserfahrungen und des Strebens nach sozialer Anerkennung wurde das Zusammenwirken von sich wandelnden Diskursen und Subjektivierungsweisen in Handlungsbefähigung und -behinderung betrachtet (*Lena Schürmann* und *Lisa Pfahl*). Mit Brüchen zwischen diskursiven Bezügen und Handlungen wurden theoretische und methodische Herausforderungen aufgezeigt. Am Beispiel der Wandlung von Altersdiskursen und Aneignungs- und Aushandlungsmomenten in den Narrationen von älteren Menschen wurde das Festhalten am »Ruhestand« als Form der Eigensinnigkeit beschrieben (*Tina Denninger*, *Silke van Dyk*, *Stephan Lessenich* und *Anna Richter*).

Mit Blick auf Subversion und Agency wurde die Frage danach gestellt, wie Menschen mit spezifischem biographischem Kapital Subjektpositionen einnehmen und sich gouvernementalen Diskursen z.B. im Feld der Erwerbsarbeit widersetzen (*Verena Eückhoff*) und wie Veränderungen von Denk- und Handlungsweisen im Kontext diskursiver Ordnungen professionelles Handeln konstituieren (*Katharina Scharl* und *Daniel Wrana*). Dabei galt es ebenfalls, die Bedeutungsaushandlungen in der Schaffung neuer kollektiver Normen zu analysieren, die mit widerständiger Praxis z.B. im Nationalsozialismus einhergingen (*Lucyna Daromska*). Beispiele für den methodischen Umgang mit der Herstellung von Zugehörigkeit zu Diskursen durch Biographinnen und Biographen und das Produzieren alternativer Narrationen gaben die parallelen Workshops: Die Prägung biographischer Selbstkonstruktionen von vergeschlechtlichten Opferdiskursen wurde am

Beispiel von »Trümmerfrauen« gezeigt (*Maria Pohn-Weidinger*). Wie gesellschaftliche Zugehörigkeit in Auseinandersetzung mit verschiedenen Diskursen z.B. von Arbeit oder »guter Mutterschaft« hergestellt wird, wurde an den Beispielen türkischstämmiger Migrantinnen (*Carina Großer-Kaya*) und berufstätiger Mütter verdeutlicht (*Gabriele Fischer* und *Eva Tolasch*). Der Nachvollzug der Schritte der Fallanalyse einer durch die BRD »freigekauften« politisch Inhaftierten in der DDR ermöglichte Einblick in die empirische Verbindung von Diskurs- und Biographieanalyse und zeigte, inwiefern in autobiographischen, verschriftlichten Erinnerungsberichten und narrativ-biographischen Erzählungen unterschiedlich auf zeitgenössische Diskurse – rekonstruiert anhand von Zeitungsartikeln – Bezug genommen wird und einer biographisch begründeten Sinnsetzung unterliegen (*Carsten Detka*, *Gerhard Riemann*, *Martina Schiebel*, *Anja Schröder-Wildhagen*, *Fritz Schütze* und *Bärbel Treichel*).

Ein Plädoyer gegen einen Fokus auf Identität und essentialisierende Kategorisierungen von Menschen und für die Analyse der niemals endgültigen Positionierung und des Positioniert-Werdens von Menschen in ihrem situativen und translokalen Handlungskontext (»social positioning«) hielt *Floya Anthias*. Eine intersektionale Perspektive bietet ein Potential für die Analyse von Narrationen und Diskursen, bringt aber durch die notwendige »intersectional and transnational sensitivity« gleichzeitig Herausforderungen mit sich. Wenn Narrationen als Mittel der Positionierung von sich und anderen und im Hinblick darauf, von wo jemand spricht, analysiert werden, muss der Blick über die Überschneidung intersektionaler Kategorien hinaus erweitert werden und stattdessen eine Analyse der Kategorien selbst und breiterer »landscapes of power« stattfinden. *Kathy Davis* sprach die Aushandlung von scheinbar widersprüchlichen Leidenschaften und Diskurseinschreibungen von Menschen an und wies so auf die Begegnung von normativen Diskursen und Affekten und Emotionen, auch von Forschenden hin. Ihre Frage »Can a feminist dance the tango?« ließ sie provokativ offen und verdeutlichte die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Hinwendung zu Disruptionen, insbesondere bei Phänomenen, die Grenzen von u.a. Ethnizität, Alter und Klasse überschreiten.

In der Podiumsdiskussion wurden unter Moderation von *Elisabeth Tuider* Potenziale, Herausforderungen und Grenzen der Verbindung diskurs- und biographieanalytischer Ansätze diskutiert. Sowohl von *Rainer Keller* für die Diskurstheorie und -analyse, als auch von *Gabriele Rosenthal* für die Biographieforschung wurde die Vielfalt theoretischer Konzeptualisierungen und

methodischer Umsetzungen hervorgehoben. Insbesondere wurden die Konsequenzen sozialkonstruktivistischer, pragmatistischer und poststrukturalistischer Theorierahmungen für die Konzeption von Subjekt, Handlung und Macht und das Hinterfragen der eigenen Rolle als Forscher_in und der Konstruktion des Forschungsgegenstands diskutiert. Neben Bemühungen über theoretische »Grabenkämpfe« hinaus zu denken, wies *Tina Spies* auf die Herausforderung hin, die unterschiedliche Annahmen zur Konstituiertheit des Subjekts darstellen. Als Alternativen zu starren Identitätskonzepten wurden stärkere Orientierungen am Handeln im Rahmen von Machtstrukturen, kollektiven Verflechtungsprozessen und der Aneignung und Modifikation von Deutungsangeboten in Artikulationen vorgeschlagen. *Andrea Bührmann* gab zu bedenken, dass das Subjekt ein theoretisches Konstrukt sei, welches im Kontext wechselnder gewollter und notwendiger Selbstrepräsentationen ebenfalls diskursiv hergestellt wird. *Rainer Keller* betonte die Stabilisierung derartiger Diskursartikulationen durch Wissen. Als Fazit bleibt zu ziehen: Potentiale zur Erweiterung der Erkenntnis horizonte der Biographie- und der Diskursanalyse bilden einerseits die konsequentere methodische Einholung diskursiver Regeln im Erzählen und Erleben, z.B. durch den Einbezug weiterer Quellen und die Erweiterung des biographieanalytischen Methodenspektrums über sprachliche Zugänge hinaus, und andererseits die biographische Rekonstruktion insbesondere von widerständigen Subjektivierungsweisen im Rahmen der Diskursanalyse.

Pinar Tuzcu und Sina Motzek

DGS-Kongress 2012

Am 36. Kongress »Vielfalt und Zusammenhalt« der DGS, der vom 1. bis 5. Oktober 2012 in Bochum stattfand, beteiligte sich die Sektion Biographieforschung mit zwei in Kooperation mit anderen Sektionen durchgeführten Plenarveranstaltungen. In der gemeinsamen Veranstaltung mit der Sektion Migration und ethnische Minderheiten und der Sektion Alter(n) und Gesellschaft zum Thema »Altern in Vielfalt – Vielfalt im Alter« wurde darüber diskutiert, wie eine Gesellschaft der wachsenden Vielfalt von Altersverläufen und Lebenssituationen gerecht werden kann. In einer weiteren Kooperationsveranstaltung, die wir gemeinsam mit der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung, der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozial-

strukturanalyse und der Sektion Wissenssoziologie zum Thema »Diversität und Intersektionalität« organisierten, wurde das Verhältnis von Sozialstruktur und sozialem Handeln im Hinblick auf die lebensweltlichen Implikationen verschiedener Kategorien von Vielfalt und Differenz fokussiert.

Darüber hinaus fanden zwei Sektionsveranstaltungen statt: 1. eine von *Helma Lutz*, *Tina Spies* und *Elisabeth Tuijer* organisierte Veranstaltung zum Thema »Mehrsprachigkeit in der Biographieforschung: Übersetzen als Methode« mit Beiträgen von *Martin Bittner* und *Jürgen Marga* (Berlin, Darmstadt), *Brigitta Busch* (Wien), *Anna Hokema* und *Simone Scherger* (Bremen) sowie *Martina Rienzner* (Wien). 2. eine von *Jana Ballenthien*, *Lena Inonlocki*, *Michaela Köttig* und *Martina Schiebel* organisierte Veranstaltung zum Thema »Gesellschaftliche Herausforderungen durch rassistische Leugnung von Vielfalt und terroristische Bedrohung: Zur Wirkung rechtsextremer Gruppenzugehörigkeit und ihrer genderbezogenen und biographischen Konstruktionen« zu der folgende Mitglieder Beiträge lieferten: *Peter Rieker* (Zürich), *Michaela Köttig* (Frankfurt am Main), *Johanna Sigl* (Göttingen) und *Marek Czyszewski* (Lodz).

Helma Lutz, Martina Schiebel und Elisabeth Tuijer

Sektion Familiensoziologie

Frühjahrstagung »Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Aktuelle Herausforderungen und erforderliche Richtungswechsel«

Am 5. und 6. März 2013 fand in Kooperation mit Kerstin Jürgens die Frühjahrstagung in Kassel statt. Die Tagung war mit 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Wissenschaft, Politik und Praxis außerordentlich gut besucht und bot auf Grund ihrer konzeptionellen Anlage viel Raum für Fragen, Kommentare und Diskussionen. In einer sehr anregenden und ausgesprochen angenehmen Atmosphäre wurde Bilanz hinsichtlich der Forschungsergebnisse zum Untersuchungsgegenstand »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« gezogen, einem Problem, welches zwar seit Jahrzehnten ein Dauerbrenner ist, für dessen Lösung aber – wie die auf der Konferenz präsentierten Ergebnisse einmal mehr gezeigt haben – immer noch viele Herausforderungen zu bewältigen sind.

In ihrem Eingangsvortrag nahm *Kerstin Jürgens* (Kassel) zunächst eine gesellschaftliche Perspektive auf das Thema ›Vereinbarkeit von Beruf und Familie‹ ein, indem sie insbesondere die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebensbereichen der Berufs- und Privatsphäre fokussierte. Der Vortrag umfasste eine historische Einordnung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und diskutierte Vereinbarkeit als Produkt einer gesellschaftlichen Entwicklung, die sich prozesshaft aus strukturellen Bedingungen und individuellen Lösungen ergibt. Kerstin Jürgens bilanzierte, dass Vereinbarkeit kein reines Organisationsproblem darstellt und schlug vor, über neue Möglichkeiten der Gestaltung von Arbeits- und Familienleben in einer gegenseitigen Verschränkung nachzudenken, z.B. über zukünftige Standards von »Normalarbeitsverhältnissen«. Im Vortrag »Liebe und Arbeit: Paare zwischen Anerkennung und Ungleichheit« beschäftigte sich *Christine Wimbauer* (Duisburg-Essen) mit der Auswirkung verschiedener Anerkennungsdimensionen auf die Ungleichheit in Partnerschaften am Beispiel von Doppelkarrierepaaren. Sie plädierte für eine Ausweitung des Arbeitsbegriffs, in den auch Fürsorge und Selbstsorge integriert werden müssten. Dabei warf sie die Frage auf, ob (und falls ja: wie) ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitssphären sowie der Anerkennung der darin jeweils erbrachten Leistungen, zwischen den Geschlechtern überhaupt möglich sei. Sie verwies auf die Möglichkeit der Entwicklung einer »Anerkennungsverweigerungsresistenz«.

Im zweiten Tagungsteil des ersten Tages ging es im Vortrag »Elternschaft: Orientierungen von Frauen und Männern« von *Mechtild Oechsle*, (Bielefeld) um die verschiedenen Perspektiven (Subjektperspektive vs. Institutionenperspektive) auf Vereinbarkeit. Als zentrales Thema ihres Vortrags sah sie den Übergang in die Elternschaft und präsentierte aktuelles empirisches Material zum Verhalten von Männern mit der Frage, ob sie nach der Geburt ihres Kindes Elternzeit nehmen sollen. Sie verwies ein weiteres Mal auf die große Diskrepanz zwischen Einstellung und Verhalten in Bezug auf die Beteiligung der Männer an Haus- und Fürsorgearbeit, und verdeutlichte anhand der empirischen Ergebnisse, dass Männer/Väter an der Konstruktion einer neuen »Normalität« durchaus beteiligt sind. Der letzte Vortrag des ersten Tages von *Katharina Spieß* (Berlin) behandelte den möglichen Beitrag von Familienpolitik zur ›Vereinbarkeit‹. Anhand der Ergebnisse von Mikrosimulationsmodellen wurde gezeigt, dass verschiedene familienpolitische Maßnahmen, wie die Einführung des Elterngeldes oder der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, deutlichen Einfluss sowohl

auf die Partizipationsrate als auch das Arbeitsvolumen von Müttern haben. Maßnahmen zur frühen Rückkehr in den Arbeitsmarkt sind demnach effektiv und zeigen ihre positive Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag von *Christina Klenner* (Düsseldorf) zum Thema »Arbeitszeit: zwischen Flexibilisierung und Zeitsouveränität«, in dem sie drei Problemdimensionen bezüglich Arbeitszeit und Vereinbarkeit zeigte: (1) ein Belastungsproblem, bei der die Arbeitszeitdauer eine wichtige Rolle spielt; (2) ein Koordinationsproblem, bei dem es um die Zeitlage der Arbeit und Arbeitszeitmodelle ging sowie (3) ein Gleichstellungsproblem, da sich die Arbeitszeit von Männern und Frauen immer weiter auseinander entwickelt. Sie regte die Entwicklung eines Konzepts an, welches sowohl Frauen als auch Männer arbeitsmarkt- und familienaktiv macht. Der Vortrag von *Karin Jurczyk* (München) pointierte stärker die Familie als Herstellungsleistung (Stichwort: Doing Family). »Vereinbarkeit« wurde hier unter Entgrenzungsbedingungen diskutiert, da die Grenzen zwischen Arbeit und Familie zunehmend verschwimmen. Die Leistung der Familienmitglieder ist es nun, diese Grenzen selbst wieder zu ziehen, was schnell zu einer Überforderung führen kann. Ein Lösungsvorschlag liegt in einem »Carezeitbudget« im Lebensverlauf. Im letzten Vortrag zum Thema »Einkommen: Vereinbarkeit und die finanziellen Folgeeffekte« beschäftigte sich *Ute Klammer* (Duisburg-Essen) schließlich mit den langfristigen Folgen unterschiedlicher Erwerbsbiographien von Frauen und Männern. An verschiedenen Knotenpunkten im Erwerbsverlauf entscheiden sich Frauen systematisch anders als Männer, was sich langfristig negativ auf ihr Einkommen im Alter auswirkt. Dabei wurde in diesem Vortrag ein weiteres Mal auf die bedeutenden Wechselwirkungen zwischen (politischen wie betrieblichen) Strukturen und individueller Anpassung verwiesen. Auch Ute Klammer sieht eine Lösung des »Vereinbarkeitsproblems« in der Absicherung der Flexibilisierung der Lebensläufe.

Zweite Frühjahrstagung »Familie in der zweiten Lebenshälfte«

Am 23. und 24. Mai 2013 fand in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) in Berlin die zweite Frühjahrstagung statt. Vor ca. 40 Teilnehmenden konnten an den beiden Tagen der Konferenz insgesamt zehn interessante Vorträge zu den Themenkomplexen Partnerschaft, Großelternschaft, Intergenerationale Beziehungen und Pflege ge-

hört werden. *Daniela Klaus* (Berlin) führte in die Tagung ein und *Walter Bien* (München) fasste zum Ende der Konferenz die einzelnen Ergebnisse zusammen. *Andrea Lengerer* (Mannheim) eröffnete den Themenkomplex »Partnerschaft« mit einem Vortrag zum Thema »Partnerlosigkeit im Alter – Entwicklung und soziale Unterschiede«. Dabei konnte sie auf Basis kumulierter Mikrozensusdaten der Jahre 1962 bis 2008 für Westdeutschland zunächst zeigen, dass Partnerlosigkeit im Kohortenvergleich (entgegen vielen Vermutungen) insbesondere bei Frauen deutlich abnimmt. Im Vortrag »Ehestabilität in der zweiten Lebenshälfte« beschäftigte sich *Ingmar Rapp* (Heidelberg) mit dem Trennungsrisiko von Ehen im mittleren und höheren Erwachsenenalter. Auf der Basis gepoolter und harmonisierter Daten der fünf sozialwissenschaftlichen Großstudien (ALLBUS, GGS, Lebensverlaufsstudie, Mannheimer Scheidungsstudie, SOEP) zeigte sich, dass Ehen umso stabiler sind, je später sie geschlossen werden; das Scheidungsrisiko mit steigender Ehedauer sinkt, während der Auszug der Kinder das Trennungsrisiko steigert.

Im zweiten Tagungsteil des ersten Tages ging es um das Thema »Großelternschaft«. *Katharina Mabne* (Berlin) verfolgte im Vortrag »Soziale Ungleichheit und der Übergang zur Großelternschaft« die bestimmenden Faktoren für die Prävalenz und das Timing des Übergangs zur Großelternschaft. *Giulia Montanari* (Leipzig) sprach zum Thema »Familienalltag von Großeltern aus einer zeitgeographischen Perspektive, und fragte anhand von narrativen Gesprächen mit Großeltern, wie sich Familienalltag an und zwischen verschiedenen Orten des Familienlebens aus der Perspektive der Großeltern gestaltet. *Franz Neuberger* und *Klaus Haberkern* (Zürich) sprachen über »Enkelkinderbetreuung und Lebensqualität: Strukturelle Ambivalenzen zwischen Verhalten und Kultur in Europa«. Auf Basis der SHARE-Daten konnten sie zeigen, dass die kulturell variierenden normativen Erwartungen an Großeltern tatsächlich die Höhe der Lebensqualität beeinflussen: Hohe normative Erwartungen bezüglich einer Enkelkinderbetreuung steigern signifikant die Lebensqualität, wenn Enkelkinder betreut werden, während geringe normative Erwartungen an Großeltern bezüglich der Enkelkinderbetreuung, wenn diese dennoch betreut werden, die Lebensqualität deutlich senken.

Der zweite Tag thematisierte den Themenkomplex »Intergenerationale Beziehungen«. *Johannes Kopp* (Chemnitz) und *Anja Steinbach* (Duisburg-Essen) befassten sich mit dem Thema »Eine Beziehung – zwei Sichtweisen? Test und Konsequenz der Intergenerational Stake Hypothese« und gingen

der Frage der Notwendigkeit nach, beide Generationen (Eltern und Kinder) zu befragen, um inhaltlich gültige Aussagen zu intergenerationalen Beziehungen zu erhalten. Unter Rückgriff auf die dyadischen Daten der zweiten Welle des Beziehungs- und Familienpanels (pairfam) fanden sie, deutliche Abweichungen zwischen den Angaben von Eltern und Kindern bezüglich ihrer Beziehung, die aber dennoch bei multivariaten Analysen keine unterschiedlichen Schlussfolgerungen in Abhängigkeit von der jeweiligen Perspektive zeigten. *Anne Kießler* (Duisburg-Essen) beschäftigte sich zum Thema »Generationenbeziehungen in verschiedenen Lebensphasen« mit der altersbedingten Veränderung der Ausgestaltung von Eltern-Kind-Beziehungen auf Basis der pairfam-Daten. Sie identifizierte vier Typen von Eltern-Kind-Beziehungen, deren Verteilung mit dem Alter der Kinder variiert. Mit zunehmendem Alter der Kinder polarisieren sich zwei Typen, die mit »emotional« und »entfremdet« bezeichnet wurden. Den letzten Beitrag in diesem Block stellte der Vortrag von *Julia Habmann* und *Harald Künemund* (Vechta) mit dem Titel »Beziehungsgeflechte und Unterstützungspotentiale im Wandel? Empirische Analysen zur Bedeutung von Familie und Freundschaft in der zweiten Lebenshälfte« dar. Anhand leitfadengestützter Interviews identifizierten sie zunächst sechs Freundschaftstypen im Alter und quantifizierten dann zwei dieser Typen mit Hilfe der DEAS-Daten. Der letzte Teil der Tagung fokussierte das Thema »Pflege«. Im Vortrag »Pflegebedürftige Familienmitglieder als soziales Risiko? Die sozialrechtliche Rahmung pflegender Familienangehöriger im europäischen Vergleich« stellten *Patricia Frericks* und *Birgit Pfau-Effinger* (Hamburg) sowie *Peer H. Jensen* (Aalborg) ihre Ergebnisse bezüglich verschiedener Regimetypen familiärer Pflege in europäischen Wohlfahrtsstaaten vor. Sie beantworteten zwei Fragen: (1) Wie unterscheiden sich die Rechte von pflegenden Angehörigen im internationalen Vergleich? (2) Zu welchem Grad sind pflegende Angehörige sozialen Risiken ausgesetzt? Im abschließenden Vortrag von *Andrea Newerla* (Gießen) »Der Alltag des Anderen: Familiäre Lebenswelten von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen« wurden Ergebnisse einer qualitativen Studie mit pflegenden Angehörigen von demenzkranken Personen vorgestellt. Sie ging der Frage nach, wie der Alltag für betroffene Familien gestaltet wird und welche Bedeutung er angesichts der Erkrankung einnimmt. Die Analyse von Routinen konnte zeigen, dass Angehörige es als ihre Aufgabe sehen, das Alltagsgeschehen zu renormalisieren.

Herbsttagung »Familie aus kultursoziologischer Perspektive«

Am 26. und 27. September 2013 fand in Kooperation mit dem Arbeitskreis Familiendemographie der Deutschen Gesellschaft für Demographie und dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden die Herbsttagung statt. Etwa 40 Personen aus Wissenschaft und Politik diskutierten die Fruchtbarkeit kulturtheoretischer Ansätze für die familiensoziologische Forschung und fragten nach empirischer Evidenz für einen Einfluss kultureller Phänomene auf Familie und familiales Handeln.

Im ersten Vortrag von *Andreas Schmitz* (Bamberg) und *Daniel Witte* (Bonn) mit dem Titel »Partnerwahl oder Klassifikationspraxis? Zum Integrationspotential von Individualismus und Relationismus am Beispiel Paarformation« wurden handlungstheoretische Zugänge zum Phänomen der Partnerwahl, den theoretischen Annahmen Bourdieus gegenübergestellt. Anhand exemplarischer Analysen zum Verhalten in Online-Dating-Börsen konnten Schmitz und Witte zeigen, dass die Paarformation tatsächlich auf der Begegnung sozialräumlich klassifizierter Agenten basiert und dass der Strukturierung kulturellen Kapitals dabei – sogar im virtuellen Raum – die größte Bedeutung zukommt. Im Vortrag von *Jan Eckhard* (Heidelberg) mit dem Titel »Soziologische Erklärungen der zunehmenden Kinderlosigkeit – theoretische Divergenzen und Integrationspotenzial der Frame-Selektionstheorie« ging es um die die Verknüpfung von RC-Modellen mit soziokulturellen Erklärungen am Beispiel von Familiengründungsentscheidungen im Partnerschaftskontext. Es wurde eine theoretische Modellierung abgeleitet, die sowohl sozio-kulturelle Leitbilder als auch strukturelle Anreize umfasste, und dann auf die Möglichkeiten der Operationalisierbarkeit eingegangen.

Mechtbild Oechsle und *Thordis Reimer* (Bielefeld) widmeten sich in ihrem Beitrag »Väter im Spannungsfeld soziologischer Ambivalenz« der Frage, wie die immer noch existierende Diskrepanz zwischen veränderten Vorstellungen in Bezug auf die Ausgestaltung von Vaterschaft und die unveränderte Praxis theoretisch erklärt werden kann. Auf Basis einer qualitativen Untersuchung folgerten sie, dass sich Väter heute zwischen den zwei Leitbildern »Ernährer« und »Erzieher« bewegen und damit die kulturellen Leitbilder das Bindeglied zwischen Struktur und Handlung darstellen. Im nächsten Vortrag »Familie als Geschlechterhandeln – Habitus oder Kalkül? Geschlechterkonzepte als Prüfstein für Entscheidungstheorien und die Theorie des Geschlechterhabitus« zeigte *Cornelia Helfferich* (Freiburg) die

Grenzen rationaler Entscheidungstheorien auf und nutzte gleichzeitig Geschlechterkonzepte der Theorie Bourdieus für eine genderorientierte Familiensoziologie, in dem die Familie als Ort der Herstellung des Geschlechterhabitus dient. *Yvonne Heine* und *Ines Wlosniewski* (Freiburg) trugen zum Thema »Familiale Einstellungen und Orientierungen in Ost- und Westdeutschland – eine Hybridisierung? Ein empirischer Vergleich von West- und Ostdeutschen sowie ost-west-mobilen Frauen« vor. In ihrer empirischen Untersuchung kamen sie zu dem Ergebnis, dass alle befragten Frauen Wert auf Familie und Beruf legen. Die ostdeutschen Frauen sind jedoch nicht nur deutlich erwerbsorientierter als die westdeutschen Frauen, sondern sie empfinden sich selbst auch als handlungsmächtiger in Bezug auf die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche. Ost-West-Migrantinnen liegen bezüglich einer Reihe von Indikatoren zwischen den Ostdeutschen und den Westdeutschen. Sie zeichnen sich vor allem durch eine große Flexibilität aus.

Detlev Lück und *Sabine Gründler* (Wiesbaden) leiteten den zweiten Tag mit dem Thema »Leitbild(er) der Familie in Deutschland. Welche Vorstellungen haben Menschen davon, wie Familie aussehen soll, und inwieweit korrespondieren diese mit ihrer Familienbiographie?« ein. Sie präsentierten zum einen die theoretischen und methodischen Grundlagen des Surveys »Familienleitbilder« (FLB 2012) und berichteten zum anderen bi- und multivariate Ergebnisse, die eine gewisse Diskrepanz zwischen den persönlichen Vorstellungen der Deutschen bezüglich Partnerschaft und Familie sowie den Vorstellungen einer fiktiven Allgemeinheit aufzeigen. *Jürgen Dorbritz* und *Robert Naderi* (Wiesbaden) fokussierten das Thema Familienleitbilder auf den Kinderwunsch. Sie schlussfolgerten, dass sich die Partnerschafts- und Familienleitbilder von Kinderlosen und Eltern sehr deutlich voneinander unterscheiden. In seinem Vortrag mit dem Titel »Familie als Beziehungsstruktur, Praxisform und Einbettungsverhältnis. Methodische Überlegungen und Ansätze zu rekonstruktionslogischen Bestimmung des Familienbegriffs« ging es *Olaf Behrend* (Siegen) um die Frage, wie Familie handelnd reproduziert wird. Er integrierte kreativ Analysen zur kulturellen Repräsentation von Familie im Film mit Untersuchungen zu Verläufen von Familienhilfen im Kontext des SGB VIII.

In der von *Detlev Lück* moderierten Abschlussdiskussion kam es nochmals zu einem regen Austausch der TagungsteilnehmerInnen. Sie signalisierten einen sehr hohen Gesprächsbedarf hinsichtlich der Grenzen und Weiterentwicklungen von Theorien in der Familiensoziologie. Die Tagung wurde als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung interpretiert, mitein-

ander in einen Dialog zu treten. Zugleich wurde der Wunsch geäußert, dies weiter zu vertiefen, da die Pluralität theoretischer und methodischer Ansätze wichtig für die Validierung von Forschungsergebnissen ist. Die Sektion Familiensoziologie setzt sich zum Ziel, diesem Anspruch auch in Zukunft gerecht zu werden.

Anja Steinbach

Sektion Kultursoziologie

Tagung »Researching Architecture and Society«

Die Tagung »Researching Architecture and Society. What can a Sociology of Architecture learn from Science and Technology Studies?«, die gleichzeitig der jährliche Workshop der Arbeitsgemeinschaft Architektursoziologie der Sektionen Kultursoziologie und Stadt- und Regionalsoziologie war, fand vom 6. bis 8. Juni 2013 an der Universität Bielefeld statt. Sie wurde von Anna-Lisa Müller und Werner Reichmann veranstaltet. Die zentrale Fragestellung der Tagung bestand darin zu erkunden, wie das noch junge Feld der Architektursoziologie von den Begrifflichkeiten, Methoden und Ergebnissen der Science and Technology Studies (STS) profitieren könnte. Insbesondere wurde danach gefragt, welches Potenzial die Fokussierung auf die in den STS als zentral erachtete Materialität und Objektivität sozialer Umwelten für die soziologische Analyse von Architektur haben könnte.

Für die öffentliche Auftaktveranstaltung, die als Dialog zwischen zwei prominenten Vertreterinnen der Architektursoziologie einerseits und den STS andererseits konzipiert wurde, konnten *Martina Löw* (Darmstadt, jetzt Berlin) und *Karin Knorr Cetina* (Konstanz) gewonnen werden, die in einführenden Statements aus ihren jeweiligen Perspektiven Möglichkeiten der Zusammenführung von STS und Architektursoziologie vorstellten. Martina Löw verknüpfte ihre Konzeption von Raum mit Ideen von Bruno Latour und stellte heraus: »the things around us matter«. Indem Gebäude, Aspekte der (städtischen) Materialität, in an den Körper gebundene Verhaltensweisen und Praktiken eingebunden werden, verschmolzen Subjekte und Objekte. Diese Verbindung von menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren führe aber, so Löw, konzeptionell nicht zwangsläufig dazu, dass beide als symmetrisch angenommen werden sollten – anders als es etwa die

Actor-Network-Theory (ANT) versteht. Für die Frage der Tagung ließ sich damit festhalten, dass die Architektursoziologie eine Konzeption der Beziehung von physischen Objekten und menschlichen Akteuren zu entwickeln hat. Karin Knorr Cetina ging der Frage nach, mit welchen Arten von Architektur und Raum wir es in einem globalen und digitalen Zeitalter zu tun haben und wie diese erforscht werden könnten. Am Beispiel des globalen Finanzhandels zeigte sie, dass dort Objekte zwar nicht mit Akteuren symmetrisch gleichzusetzen sind, aber dennoch mit einer begrenzten »agency« ausgestattet sind. »Robots« und Algorithmen benötigten zwar keinen eigenen Raum, trügen aber zur Architektur des Finanzmarktes bei, formten diesen und prägten sein – auch physisches – Erscheinungsbild.

An den darauffolgenden zwei Tagen trugen 13 Referentinnen und Referenten aus ihrer jeweiligen Forschung vor. Als inhaltliche Klammer der Vorträge – die sich entweder eher theorieimmanenten Fragen (der Konzeption von Artefakten und deren Materialität in den STS) oder eher politischen Fragen widmeten – schälten sich zwei Thesen heraus: (1) Die Materialität des Raumes, d.h. physische Objekte, muss in der Architektursoziologie systematisch in die Analyse einbezogen werden. (2) Die Materialität der Architektur wird dabei unterschiedlich gedacht, mal ist in sie Soziales und Kulturelles eingeschrieben (z.B. Werte, Interessen, Macht etc.), mal wird sie als das Soziale beeinflussend analysiert; mal wird sie wiederum als Objekt verstanden, das wesentlich vom Sozialen geformt wird.

Diese unterschiedlichen Verhältnisse zwischen der Objekthaftigkeit von Architektur und dem mit ihr verbundenen Raum wurden sowohl anhand von empirischen Fallbeispielen als auch mithilfe theoretischer Überlegungen thematisiert. So stellten *Magdalena Łukasiuk* (Warschau) und *Marcin Jendokimow* (Warschau) in ihrem Vortrag ihre Idee des »non-home« vor: Räume des Wohnens, die von ArbeitsmigrantInnen zwar regelmäßig genutzt, die aber von ihnen niemals als »Zuhause« konnotiert werden. Ein ähnliches Phänomen analysierte *Robin Bartram* (Evanston, Illinois) in ihrem Beitrag. Anhand von Archivmaterialien zeigte sie, wie das Wissen und Reden über einzelne Stadtviertel Grenzen zieht und aufweicht und damit die Rolle von Objekten übernimmt. *Marianne Stang Våland* (Kopenhagen) und *Susanne Georg* (Aalborg) verbanden organisationstheoretische und architektursoziologische Perspektiven, indem sie untersuchten, wie der Bau und die Nutzung einer öffentlich zugänglichen Eingangshalle die Arbeitsweisen der darin verorteten Institution veränderten. *Theresia Leuenberger* (Darmstadt) wiederum verknüpfte die ANT mit Löws Raumsoziologie, um zu unter-

suchen, wie Architektur erfahren und erlebt wird. Mithilfe der Ergebnisse ihrer Untersuchung der Wahrnehmungsformen des Kunsthauses in Brezgenz zeigte sie, wie unterschiedlich einzelne architektonische Bereiche zueinander in Beziehung gesetzt und wie die in die Materialität eingeschriebenen Skripte durchwegs unterschiedlich interpretiert werden – und wie darauf aufbauend durch das »spacing« (Löw) unterschiedliche Räume hergestellt werden. Das Verhältnis der Praktiken von Architekten und von Vertretern der ANT wurde von *Hanna Katharina Göbel* (Hamburg) thematisiert. Sie verzeichnete eine starke Parallele in der Zuweisung eines ontologischen Status von Materialität zwischen Architekten, die sich mit der Revitalisierung alter Gebäude beschäftigen, und ANT-Vertretern. Materialität würde, so ihre Analyse, auch von Architekten als widerständig und eigensinnig wahrgenommen, und so seien sich – entgegen dem tradierten Klischee – sowohl der Architekt als auch die Vertreter der ANT einer Symmetrie zwischen Materialität und humanen Akteuren bewusst. Eine Verbindung zwischen den »Workplace Studies« und der Architektursoziologie stellt *Christine Neubert* (Dresden) vor. Anhand der »Humboldt-Box«, einem temporären und architektonisch umstrittenen Bau in Berlin, fragte sie einerseits nach der Rolle, die die Architektur bei den alltagsweltlichen Erzählungen der in der Humboldt-Box Arbeitenden spielt, und andererseits, ob Architektur eine konstitutive Funktion für die Arbeitspraktiken dieser Angestellten hat. Ihrer Analyse nach werde die Architektur zwar nicht explizit thematisiert, ihr impliziter Einfluss sei aber nachweisbar. An den architektonischen Planungen von zoologischen Gärten zeigte *Christina May* (Bochum), dass Architektur als Repräsentation sich wandelnder kultureller Vorstellungen verstanden werden kann. Veränderungen der architektonischen Gestaltung von Zoos verwiesen daher immer auf Veränderungen in den Konzeptionen von Wildnis und Zivilisation, der Rolle der Naturwissenschaften und des Verhältnisses zwischen Mensch und Tier.

Jarmin Christine Yeb (San Francisco) argumentierte, dass sowohl die Architektursoziologie als auch die STS gemeinsam dazu beitragen könnten, das Wissen über das Älterwerden stärker als komplexes kulturelles, und weniger als rein biomedizinisches Phänomen zu verstehen. Ihr Begriff des »Ageing in Place« thematisierte einerseits die Rolle des Raums für ältere Menschen und kritisierte andererseits den geringen Stellenwert älterer Menschen in der Geschichte der Stadtentwicklung. Mit dem Verhältnis von Architektur und Gesellschaft (resp. Politik) beschäftigte sich auch *Jeremias Herberg* (Lüneburg), anlässlich der partizipativen Stadtplanung in

zwei niederländischen Städten. Er verwies auf Übersetzungsprobleme zwischen Laien und Experten sowie zwischen Plänen und Materialität und schlug mit dem Konzept des »heterogenous planning« ein Verfahren vor, in dem technische Vorgänge gleichrangig mit politischen Integrationsprozessen entwickelt werden könnten. Die Verbindung von Architektur und Politik stand auch bei *Endre Dányi* (Frankfurt am Main) im Zentrum des Vortrags. Er zeigte anhand einer neuen Lesart der Geschichte des Parlamentsgebäudes in Budapest, wie die Entwicklung politischer Ideen mit der Schaffung einer physischen Realität, im Falle des Parlaments mit der Schaffung von spezifischer Architektur, einhergeht. Ähnlich argumentierte *Paul Jones* (Liverpool), indem er digitale Modelle von Architektur als kapitalistisch überformte Zukünfte und Ansprüche entlarvte und sie statt als Repräsentationen einer geplanten Stadt als zeitlich und räumlich begrenzte, global standardisierte Formen wirtschaftlicher Tätigkeit sowie als Anspruch auf die Deutungshoheit über die Zukunft der Stadt interpretierte. Ähnlich kritisch argumentierte *Nikolai Roskamm* (Berlin), der hervorhob, dass die Architektursoziologie von den STS lernen könne, die »ontologische Frage« zu stellen. Ernesto Laclau folgend würde diese Frage in der Architektursoziologie direkt in einer Thematisierung des politischen Aspekts von Architektur münden. Einen anderen Ansatz wählte *Jeffrey Chan* (Singapore), der in seinem theoretischen Papier nach der ethischen Dimension von Architektur fragte. In seinem Verständnis ist Architektur nicht bloße Materialität, sondern »verkörpert« auch ethische Aspekte. Anders als frühere Ansätze, die vor allem im Architekten einen moralischen Akteur sehen wollten, übernahm Chan von den STS die Idee, dass in die Technologie ethische Aspekte eingeschrieben sind, und wandte diese Perspektive für Architektur an.

Der Workshop zeigte neben zahlreichen Übereinstimmungen eine Reihe konzeptioneller Probleme und Heterogenitäten innerhalb der soziologischen Analyse von Architektur. Die Unterschiedlichkeit von Begriffen wie Architektur, Gebäude, (Infra-)Struktur, Materialität und Technologie war dabei eines der augenscheinlichsten. Auch die Vielzahl an unterschiedlichen Herangehensweisen an den Zusammenhang von Architektur und Gesellschaft, sowohl auf theoretisch-konzeptioneller als auch auf empirischer Ebene, war augenfällig. Geht es um die Ontologie der architektonischen Materialität? Geht es um Praktiken mit Architektur? Geht es um architekturbezogene Ideologiekritik? Oder geht es um die Figur und das Denken des Architekten? Diese Fragen wurden bereits auf den bisherigen

Treffen der AG Architektursoziologie diskutiert; sie werden diese voraussichtlich auch zukünftig begleiten. Die Tagung präziserte sie ein weiteres Mal und zeigte, dass sie international verhandelte Fragen darstellen, auf die mannigfaltige Antworten angeboten werden.

Anna-Lisa Müller und Werner Reichmann

Sektion Rechtssoziologie

Tagungsbericht »Räume eigenen Rechts«

Im Februar 2013 kam die Sektion Rechtssoziologie zu ihrer Jahrestagung in Leipzig zusammen. Diese stand unter dem Titel »Räume eigenen Rechts« und formulierte damit eine Arbeitshypothese; ein Angebot, dem insgesamt 13 Vorträge aus soziologischer, rechtswissenschaftlicher und historischer Perspektive folgten: Wie, so die leitende Fragedimension dieses konzeptionellen Angebotes, bilden und stabilisieren sich in heutigen gesellschaftlichen Zusammenhängen Parallel- und Sonderräume mit je eigenen rechtlichen oder rechtsähnlichen Normen(-anwendungen), inklusive einer separaten Rechtsdurchsetzung?

Ein Anliegen der Tagung war es, die Tragfähigkeit und Anschlussfähigkeit des Konzeptes von *Räumen eigenen Rechts* zu erkunden. In dessen Zentrum steht die Idee, ein kohärentes theoretisches Konzept zu entwickeln, mit dem soziale Ordnungen (wie kurzlebig auch immer) erfasst werden, die jenseits oder neben staatlichem Recht existieren, zugleich aber rechtsähnlichen oder rechtsanalogen Charakter gewinnen. Dass es solche Räume gibt, ist natürlich keine grundsätzlich neue Einsicht. Beispiele dafür sind Racheakte, mafiöse Organisationen, Schwarzmärkte etc. Wie die beiden Organisatoren zum Auftakt bemerkten, geht es bei *Räumen eigenen Rechts* nicht zwingend um traditionell als »deviant« beschriebene Phänomene, sondern auch um spezialisierte Praxisfelder, die sich einem – stets in seiner Reichweite begrenzten – (Leit-)Recht entziehen können. Theoretische Auseinandersetzungen zu diesen Phänomenen sind zwar beobachtbar, laufen jedoch verhältnismäßig disparat ab. Die Tagung stellte daher nicht zuletzt einen Versuch dar, für die differenzierten Perspektiven eine Austauschmöglichkeit und Diskussionsbasis zwischen u.a. Rechts-, Kultur- und politischen Soziologen bereitzustellen.

Eine Annäherung an dieses Anliegen erfolgte auf der Tagung mit Blick auf Formen des »lebenden Rechts« (Eugen Ehrlich). Rechtsverhältnisse werden dabei als in dynamischen Kontexten stehende praktizierte, vielgestaltige und parallele Regelsysteme begriffen. *Räume eigenen Rechts* können dann als Ordnungen begriffen werden, die jenseits der Vorstellung eines einheitlichen homogenen Rechts begriffen werden. Poststrukturelle Ansätze betonen hier eine notwendige Beziehung: Der Glaube an ein allgemeines und einheitliches Recht bringt immer auch *andere Räume eigenen Rechts* hervor. Es stabilisieren sich lokale Kulturen der Anwendungen vorgegebener Normen (etwa eines globalen Rechts), so *Walter Fuchs* (Wien). *Susanne Niemcz* (Wiesbaden) verweist in diesem Zusammenhang auf nationale Verfahrensordnungen, die sich jeweils empirisch – als Governance oder als praktische Herausforderung – nachvollziehen lassen.

Formen des Rechts sowie dazugehörige Mechanismen und Funktionen, lassen sich auch in Bereichen finden, die tendenziell in Beziehungen zur Kriminalität oder Gewalt stehen. Dabei ist die Dimension der »sozialen Kontrolle« (Donald Black) ein tragfähiges Konzept. Black weist darauf hin, dass sich *Räume eigenen Rechts* in Form gewaltförmiger Selbsthilfe auch abseits der staatlichen Rechtsprechung zeigen lassen. Sie weisen dabei ganz ähnliche Funktionsweisen wie letztere auf. Dies betrifft spezifisch verfasste Orte, wie Eingangsbereiche von Nachtclubs, wobei für *Christine Preiser* (Tübingen) die Frage nach konkurrierenden staatlichen und nicht-staatlichen normativen Ordnungen relevant wird. *Marie Christine Bergmann* und *Gina Rosa Wollinger* (Hannover) bringen mit der Analyse der gewaltförmigen Durchsetzung von Regeln in Gefängnissen einen weiteren Ort in die Diskussion ein und erweitern somit die Überlegungen zu *Räumen eigenen Rechts*.

Es eröffnet sich zunehmend ein Feld von *Räumen eigenen Rechts*, die offensichtlich nicht auf einer flächendeckenden Durchsetzung zentralstaatlicher Strukturen beruhen. So weist von Trotha darauf hin, wie Rebellen und Milizen eine eigene, relativ stabile (aber provisorische) Herrschaft auf eigenen Territorien jenseits einer Staatlichkeit etablieren. *Jasmin Hettinger* (Dresden) hebt hier geographisch benennbare Gebiete hervor und betont, dass in diesen lebendes Recht in Konkurrenz staatlichen Rechts gestellt wird.

Die Frage rechtsbezogener und -vermittelter Konflikte und die Rolle von Ausnahmen vom Recht – im Sinne von Ausnahmeständen oder besonderen Lagen – dominierten weitere empirische Abhandlungen. So befassten sich *Martina Kolanoski* (Bochum) und *Thomas Scheffer* (Frankfurt am Main) mit Kampfeinsätzen und deren Aufarbeitung im Fall des Bom-

benabwurfs bei Kunduz in Afghanistan. Zentrales Augenmerk der Analyse waren die im Einsatz wie in Rechtsgutachten benutzten »membership categories« (Fahrer, Taliban, eigene Truppenverbände etc.) und deren Re-Co-dierung (Beteiligte/Unbeteiligte oder Freund/Feind).

Konflikte anderer Art analysierte *Thomas Schmidt-Lux* (Leipzig). Er befasste sich mit Online-Debatten und den hier verwendeten Argumentationslinien zum Für und Wider von Selbstjustiz. Die Beteiligten führten dabei jeweils begrenzte Reichweiten und das Scheitern staatlicher Rechtsdurchsetzung ins Feld.

Räume eigenen Rechts wurden in einer weiteren Session anhand von parallel existierenden Rechtsvorstellungen thematisiert. Beispielhaft hierfür erscheinen die Debatten um Anerkennung islamischen Rechts und damit verbundenen Problemdimensionen für den zivilrechtlichen Bereich, so *Martin Engel* (München). Diese Diskussion rückte verstärkt eine Verbindung zwischen Kultur und Recht in den Fokus, welche auch geeignet erscheint, umfangreichere Konfliktdimensionen auszuarbeiten. *Räume eigenen Rechts* erscheinen einer solchen Überlegung folgend als eine Form der Pluralisierung von Recht und Kultur. Wird dabei auf jene, die Räume gestaltenden Akteure und ihre kollektiven Orientierungen verwiesen, können *Räume eigenen Rechts* auch als Kollektive eigenen Rechts begriffen werden. *Jan-Christoph Marschelke* (Würzburg) betonte hierbei die Bildung kollektiver Identitäten. *Annekatriin Kühn* (Dortmund) erarbeitete in diesem Kontext den Zusammenhang zwischen sozialen Normen in multikulturellen Gesellschaften und möglichen Auswirkungen auf die vorzufindende Rechtsstruktur. Im Zentrum standen dabei rechtsethnologische Gutachten, womit ein zusätzlicher empirischer Zugang präsentiert wird.

Neben den umfangreichen inhaltlichen Verortungen erwies sich die Tagungsperspektive auch als geeignet, unterschiedliche Formen methodischen Vorgehens zu diskutieren. So fanden sich eher quantitativ verfahrensforschende Forschungen (Fuchs, Bergmann Wollinger) ebenso wie Verfahren rekonstruktiver Provenienz (Kolanoski, Scheffer); zudem historische Einzelfallanalysen (Hettinger) neben der Auswertung von aktuellen Online-Diskussionen (Schmidt-Lux). Die aufgeworfene Arbeitshypothese wurde somit auch zur Diskussion methodischer Zugänge genutzt.

Aus diesen vielfältigen Vorgehensweisen und Ausgangspunkten lassen sich wichtige Fragen für künftige Systematisierungen und Forschungen ableiten, um das Konzept von Räumen eigenen Rechts weiter anschlussfähig zu machen. Zunächst verlangt dies nach einer Konkretisierung des Raum-

begriffes, der in den Vorträgen sowohl global, durch *Sven Opitz* (Hamburg), als auch konkret lokal, durch *Christine Preiser* (Tübingen), konzipiert wurde. Die mannigfaltigen sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu Raumkonzepten halten somit Einzug in den diskutierten Themenbereich. Darüber hinaus muss die Frage beantwortet werden, welche Form des Rechts im jeweiligen Raum repräsentiert wird. Hierbei handelt es sich beispielsweise um institutionalisierte Formen des Strafrechts, welche jedoch Veränderungsprozessen unterliegen, wie *Susanne Niemcz* (Wiesbaden) zeigt, oder wie in den Beiträgen von *Martin Engel* (München) und *Jan-Christoph Marschelke* (Würzburg), um kulturell und transkulturell unterschiedlich geprägte Formen des Rechts. Schließlich leitet sich daraus die abschließende Frage ab, wie das Zusammenfallen von Räumen und eigenen Rechtsformen zu fassen ist.

Die gemeinsame Tagung des Instituts für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig und der Sektion Rechtssoziologie hat gezeigt, dass ein solches Erkenntnisinteresse zu aussagekräftigen und interdisziplinär anschlussfähigen Ergebnissen führt. Die aktuellen Forschungen befassen sich mit einem empirischen Feld, in welchem Konflikte teilweise jenseits staatlichen oder hoheitlichen Rechts bearbeitet werden. Dabei scheint der Raum-begriff vor allem für dauerhafte oder systematisch organisierte Phänomene geeignet. Nicht zuletzt wird jedoch deutlich, dass die Beziehung zum staatlichen Recht nicht ausschließlich als konträres Verhältnis zu fassen ist. Räume eigenen Rechts finden sich an zahlreichen Schnittstellen gesellschaftlicher Strukturen.

Marcus Heinz und Roman Kreusch

Sektion Umweltsoziologie

»Wenn man nur an sich denkt und nicht an kommende Generationen, ist das ein Problem für unser Land.« So sprach die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Landestag der Jungen Union in Mecklenburg-Vorpommern am 9. Oktober 2010. Die Generationengerechtigkeit als zentrales normatives Konzept des Nachhaltigkeitsdiskurses ist, so zeigt das Zitat, in der politischen Rhetorik angekommen. Vielleicht ist es Zeit für die Soziologie, sich ebenfalls in diesen Diskurs einzubringen, der von Wissenschaftsseite vor allem durch die Natur- und Technikwissenschaften sowie durch die Ökonomik bestimmt wird. Sicherlich, »die« Soziologie gibt es nicht. Und natürlich haben sich bereits einzelne Vertreter des Fachs zu Nachhaltigkeitsfragen geäußert. Aber eine breite soziologische Rezeption des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung hat bis heute nicht stattgefunden. Und das, obwohl »nachhaltige Entwicklung« an zentraler Stelle »nachhaltige Gesellschaftsentwicklung« meint. Sollte sich an der unter Disziplinvertretern weit verbreiteten Aphasie in Sachen Nachhaltigkeit etwas ändern? Dieser Frage widmete sich die Frühjahrstagung der Sektion Umweltsoziologie, die Jana Rückert-John und Jens Jetzkowitz unter dem Titel »Soziologie und nachhaltige Entwicklung – Theoretische Perspektiven und methodologische Herausforderungen der Zukunftsgestaltung« am 24. und 25. Mai 2013 in Halle organisiert haben. In neun Beiträgen, zwei Gastbeiträgen und lebendigen Diskussionen der 35 Teilnehmenden zeigte sich ein facettenreiches Bild, wie das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im Lichte theoretischer und methodologischer Reflexionen der Soziologie erscheint. Die Ergebnisse lassen sich in drei Themenkreisen zusammenfassen: (a.) Möglichkeiten und Grenzen der Beeinflussung gesellschaftlicher Entwicklungen, (b.) Fragen zum Konzept »nachhaltige Entwicklung«, und (c.) Normativität.

(a.) Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen zielgerichteter Einflussnahmen auf gesellschaftlichen Wandel? Diese Frage, ein Evergreen der politischen Soziologie, stellt sich forciert auch allen, die sich um eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung bemühen, weil der individuelle Nutzen von Verhaltensänderungen, die ökologisch und sozial verträgliche Lebensbedingungen auf dem gesamten Globus garantieren sollen, nicht oder kaum darstellbar ist. Welche Wirkungen erzeugt »nachhaltige Entwicklung« als Leitbild in diesem Kontext? Dass die Semantik nur geringe Transformationskraft in Bundesministerien (*Normann Lams*, Lüneburg) oder in lokalen

Klima- und Energiepolitiken (*Corinna Vosse*, Berlin) entfaltet, ist ernüchternd, wenn auch nicht überraschend. Dass der insbesondere in der ecuadorianischen Indigenenbewegung entwickelte Alternativbegriff des »guten Lebens« (*buen vivir*) in dieser Hinsicht nicht leistungsfähiger zu sein scheint (*Philip Altmann*, Berlin), mag grundsätzlich skeptisch stimmen oder zu neuem Nachdenken über den Zusammenhang von Gesellschaftsstruktur und Semantik anregen. Er schafft zumindest eine beunruhigende Beruhigung. Beruhigend ist, dass es andernorts auch nicht besser zu klappen scheint mit der Nachhaltigkeit; beunruhigend ist, dass wir erst gar nicht woanders hinzuschauen brauchen, um zu sehen, wie es denn besser geht. Schnelle Lösungen mit langfristiger Gültigkeit sind also nicht zu erwarten und brauchen daher auch nicht mit erhobenem Zeigefinger eingefordert zu werden.

(b.) Ob das Konzept der nachhaltigen Entwicklung noch geeignet ist, gesellschaftliche Veränderungsimpulse zu bündeln, um selbst erzeugte ökologische Probleme zeitgenössischer Gesellschaften zu lösen, ist durchaus kontrovers zu diskutieren. Skeptische Stimmen haben »Nachhaltigkeit« als ein »Plastikwort« identifiziert (*René John*, Marburg, unter Berufung auf Pörksen) und diskutiert, »warum die Erwartungen an das Leitbild nachhaltige Entwicklung kurz- und mittelfristig scheitern müssen« (*Karl-Werner Brand*, München). Gründe für eine skeptische Einschätzung gibt es genug. Neben den unter (a.) genannten Beispielen reicht der Verweis auf die oben zitierte Aussage von Angela Merkel aus, mit der sich die Bundeskanzlerin darum bemühte, die damals aktuellen Proteste gegen das in der öffentlichen Kritik stehende Bauprojekt »Stuttgart 21« zu delegitimieren. Das Nachhaltigkeitskonzept insgesamt wie auch die Idee der Generationengerechtigkeit scheint vielseitig verwendbar zu sein. Seine Attraktivität scheint darin zu bestehen, die Zukunft bestimmbar zu machen, und zwar möglichst entsprechend der eigenen Vorstellungen und Positionen (John). Der Skepsis, die sich aus Erfahrungen mit der geringen Lenkungskraft des Begriffes speist, ist freilich einiges entgegenzuhalten: »Nachhaltige Entwicklung« mag zwar ein vager Begriff sein, aber eine Leerformel ist er ganz sicher nicht. Zwischen Nachhaltigkeitstheoretikern hat sich mittlerweile die einhellige Ansicht herausgebildet, dass der Begriff als eine regulative Idee zu deuten ist (*Jens Jetzkowitz*, Halle an der Saale). Außerdem kann man daran erinnern, dass mittlerweile einige ausgearbeitete Nachhaltigkeitstheorien existieren, die ernstzunehmende Vorschläge machen, wie Gesellschaften unter den Bedingungen knapper ökologischer und sozialer Ressourcen zukunftsfähig gestaltet werden können (*Paul Burger*, Basel). Dass

solche Theorien bzw. die Fortschritte im Nachhaltigkeitsdiskurs und in der Praxis wenig oder gar nicht zur Kenntnis genommen werden, entwertet nicht notwendigerweise den Begriff. Schließlich lassen wir ja auch beispielsweise den Demokratiebegriff nicht fallen, nur weil dieser verschiedentlich (oder sogar häufig) falsch oder unangemessen verwendet wird (*Stephan Lorenz*, Jena). So wurde der Skepsis dann auch entgegengestellt, dass die Soziologie sich als »Verfahrenswissenschaft nachhaltiger Entwicklung« (Lorenz) oder als Teil einer Ko-Evolutionswissenschaft (Jetzkowitz) in den Nachhaltigkeitsdiskurs einbringen bzw. Nachhaltigkeit als Leitbild kritischer Wissenschaft fungieren könne (*Diana Hummels*, Frankfurt am Main).

(c.) Das Nachhaltigkeitskonzept ist fraglos ein normatives Konzept, das mit dem Aspekt der Generationengerechtigkeit eine Brücke von der Gegenwart in die Zukunft schlägt. In der Gegenwart gilt es, mögliche Konsequenzen von Entscheidungen zu beurteilen. Dies vollzieht sich nicht ohne Rekurs auf vergangene Erfahrungen, was wiederum der Analyse von Gestaltungsoptionen enge Grenzen setzt (*Dietmar Rost*, Essen). Die wissenschaftlichen Zugänge lassen sich danach unterscheiden, ob sie Aussagen darüber machen, was ein erhaltenswerter bzw. zukunftsfähiger Zustand ist, oder wie eine nachhaltige Entwicklung angeregt, optimiert bzw. sichergestellt werden kann (Burger). Sofern wir uns unter gegenwärtigen, kulturhistorisch modernen Bedingungen als diesseitig lebende Menschen verstehen, lässt sich Nachhaltigkeit als ein »Grundrecht auf Zukunft« (*Gesa Lindemann*, Oldenburg) adressieren. Dass in diesem Rahmen die soziologische Forschung bei der Analyse von Gestaltungsoptionen verschiedene Akzente setzt, ist weniger ein Problem als die unaufgeklärten normativen Annahmen in wissenschaftlichen Analysen (z.B. dass Partizipation immer gut und richtig sei). Burger spricht in diesem Zusammenhang von Krypto-Normativität. Ebenso gilt es die Voraussetzung unaufgeklärter Fakten in ethischen Aussagen zu vermeiden (Krypto-Faktizität). Hier wie dort kann soziologische Aufklärung im Nachhaltigkeitsdiskurs neue Wirkkräfte entfalten.

Mit diesen Impulsen ließe sich *zum einen*, so kann zusammenfassend festgehalten werden, soziologische Forschung in Nachhaltigkeitsfragen intensivieren. *Zum anderen* wäre auszuloten, inwiefern die Diskussionsergebnisse auch in anderen Feldern der Soziologie fruchtbar gemacht werden können, die Gesellschaftsgestaltung nicht nur nachträglich reflektieren, sondern selbst auch zur Gesellschaftsgestaltung beitragen.

Jens Jetzkowitz, Matthias Groß und Jana Rückert-John

Sektionen Wirtschafts- und Organisationssoziologie

Am 21. und 22. März 2013 fand die gemeinsame Sektionstagung der Sektionen Wirtschafts- und Organisationssoziologie zum Thema »Soziologie der Finanzmärkte. Institutionelle Einbettung, organisatorische Strukturen und Konturen einer Geldordnung« an der Universität Hamburg statt. Die Tagung, die von Jürgen Beyer und Konstanze Senge organisiert wurde, hatte das Ziel – wie es im Konferenzflyer heißt – »zu einem vertiefenden Verständnis der Funktionsweise und Struktur der Finanzmärkte« beizutragen. Die Tagung hat gezeigt, dass die Soziologie eine Reihe von theoretischen Ansätzen im Angebot hat, die dazu geeignet sind, neue Erkenntnisse über die Funktionsweise und Struktur von Finanzmärkten zu gewinnen. So griffen die Referenten in ihren Vorträgen unter anderen auf die Soziologie der Praktiken (Kalthoff, Vormbusch), den organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus (Senge, Nagel), die Konventionenökonomie (Knoll) und heterodoxe ökonomische Ansätze (Sahr, König) zurück. Diese Vielfalt an theoretischen Perspektiven ermöglichte einen Zugang zu Finanzmärkten von der Mikroebene des trading-floors (Kalthoff, Vormbusch; Lange, von Schleve), bis zur Makroperspektive einer globalen Finanzklasse (Hofstätter).

In dem ersten Vortrag des Panels »Finanzinstitutionen und soziale Einbettung« fragten *Jan Fleck* und *Rolf von Lüde* (beide Hamburg) nach dem Zusammenhang von Finanzsystemen, die als ein Baustein nationaler Varianten des Kapitalismus angesehen werden, und den Risikopräferenzen von Konsumenten von Finanzprodukten. In ihrem Vortrag beschäftigten sich die Referenten mit der Fragen, ob nationale Vertrauenskulturen in einem globalen Finanzsystem bestehen können, wie das Verhältnis von bankbasierten Finanzsystemen und bankbasierten Vertrauenskulturen ist und wie nationale Vertrauenskulturen die Stabilität und den Wandel nationaler Finanzsysteme beeinflussen? Während Flecks und von Lüdes Vortrag die Einbettung von Finanzsystemen in nationale Varianten des Kapitalismus zum Gegenstand hatte, argumentierten *Herbert Kalthoff* (Mainz) und *Uwe Vormbusch* (Hagen), dass Finanzmärkte und Finanzinstitutionen in jene täglichen Routinen eingebettet sind, mit deren Hilfe Marktteilnehmer den ökonomischen Sinn von Investmententscheidungen darstellen und interpretieren. Ein wesentlicher Teil solcher »epistemischen Praktiken«, so die Referenten, sei neben Zweifeln, ob ökonometrische Modelle ökonomische

Prozesse vollständig erfassen können, auch der Zweifel daran, dass ökonomische Prozesse überhaupt angemessen modelliert werden könnten.

Das zweite Panel mit dem Titel »Emotionen und Investitionsverhalten« näherte sich der Rolle von Emotionen für Investitionsentscheidungen aus zwei unterschiedlichen Perspektiven. Zunächst argumentierte *Konstanze Senge* (Bielefeld, Hamburg) mit dem organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus, dass regulative, normative und kognitive Institutionen die Komplexität von Finanzmärkten nicht vollständig reduzieren können. Daher, so Senge, seien Finanzorganisationen auch von affektiven Institutionen abhängig, die Entscheidungen trotz dieses Restes an Unsicherheit ermöglichten. Da das Verhalten, das auf affektiven Institutionen beruht, jedoch nicht vorhersehbar sei, könnten Finanzorganisationen von Erkenntnissen der High Reliability-Theorie profitieren. *Markus Lange* und *Christian von Scheve* (beide Berlin) nahmen sich des Themas Emotionen und Investitionsentscheidungen aus einer wirtschaftssoziologischen Perspektive an und fragten, wie Emotionen zur Koordination von Finanzmärkten beitragen. Die Referenten argumentierten, dass Emotionen sowohl auf der Ebene von Investitionsentscheidungen einzelner Finanzmarktakteure als auch als auf der Ebene des Marktes eine Rolle spielen. Mit Bezug auf die erste Ebene unterschieden sie zwischen einem »fundamental qualitativen« Marktakteur und einem »quantitativen Modellierer«. Während ersterer ökonomischen Modellen ablehnend gegenüber stehe und bei seinen Investmententscheidungen auf sein Bauchgefühl höre, basierten die Entscheidungen des zweiten Typs vor allem auf Marktsignalen. Auf der Ebene des Marktes seien Emotionen als »Marktgefühle« bedeutsam, die durch verbale und nicht-verbale Äußerungen der Händler durch den Handelsraum diffundierten. Marktgefühle seien, so Lange und von Scheve, ein zusätzlicher Indikator für Händler ob eine Krisensituation bevorsteht oder nicht.

Das dritte Panel war den »Konturen einer Geldordnung« gewidmet. Sowohl *Aaron Sahr* (Hamburg) als auch *Tilo König* (Tübingen) setzten sich in ihren Vorträgen mit geldtheoretischen Ansätzen aus den Wirtschaftswissenschaften auseinander. Zunächst diskutierte Aaron Sahr Hyman Minskys Ansatz zur Erklärung von Finanzmarktkrisen. Mit Minsky argumentierte Sahr, dass die Institutionen, die historisch den Glauben an die Kreditwürdigkeit von Banken unterstützt haben (Sicherheiten, Kapitalhaltevorschriften und Zentralbanken als »lender of the last resort«) an Effektivität verloren hätten. Staatliches Handeln in der Finanzkrise habe die Kreditwürdigkeit von Banken jedoch nicht wiederhergestellt, sondern diese durch Staats-

garantien ersetzt. Im zweiten Vortrag des Panels diskutierte Tilo König aktuelle Vorschläge aus der Volkswirtschaftslehre eine Steuer auf Geldhaltung einzuführen. Geldhaltung sei laut diesen Theorien für Individuen in Situationen mit Unsicherheit über zukünftige ökonomische Entwicklungen vorteilhaft, da Geld eine flexible Anpassung an sich Wandelnde ökonomische Bedingungen ermögliche. In Krisenzeiten könne diese individuelle Präferenz jedoch verschärfend auf den Verlauf der Krise wirken, da bei steigender Geldhaltung die gesamtgesellschaftliche Nachfrage sinke. Geldhaltung erhöhe daher den Entscheidungsspielraum für einige, reduziere aber gleichzeitig die Handlungsoptionen, die allen anderen zur Verfügung stünden. Aufgrund dieser Problematik argumentierte König, dass volkswirtschaftliche Ansätze über eine Geldhaltungssteuer von einer stärker politischen Perspektive profitieren könnten.

Auch dem Thema des vierten Panels »Akteure und Akteurskonstellationen« näherte man sich aus zwei unterschiedlichen Perspektiven genähert. Während *Lukas Hofstätter* (Frankfurt am Main) argumentierte, dass Finanzmarktakteure wie Händler oder Investmentbanker eine globale Klasse bildeten, fragte *Pierre de Larminat* (Frankfurt am Main), wie die Akteure, die auf Finanzmärkten tätig sind, sozial konstituiert werden. Hofstätter argumentierte, dass Finanzmarktakteure in die transnationalen, kulturellen und kognitiven Institutionen von Finanzmärkten sozialisiert seien. Daher würden sie ähnliche soziale Praktiken, Weltansichten und einen gemeinsamen Habitus teilen. Märkte seien daher ein bisher kaum beachteter Mechanismus der globalen Klassenbildung. Die globale Finanzklasse wurde von Hofstätter zudem als ein Träger spezifischer monetärer und ideeller Interessen beschrieben. Empirisch demonstrierte de Larminat sein Argument der sozialen Konstruktion von Finanzmarktakteuren am Beispiel des Investors, der auf der symbolischen Form des Portfolios beruhe. De Larminat verdeutlichte, dass der Investor als Manager des Portfolios erst durch eine spezifische Arbeitsteilung innerhalb und zwischen Finanzmarktorganisationen ermöglicht wird.

Bankberater, so *Andreas Langenobl* (Gießen) im ersten Vortrag des Panels »Organisation der Risikobewertung«, sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Finanzmärkten und Konsumenten von Finanzprodukten. Daher seien sie bedeutsam für die Mobilisierung von finanziellen Ressourcen für das Finanzsystem. Mit der Finanzkrise sei die Beratung durch Banken im öffentlichen Diskurs jedoch zunehmend in eine Legitimitätskrise geraten. Anhand qualitativer Interviews sowohl mit Konsumenten als auch mit

rengaten Bankberatern fragte der Referent daher, was von Vertretern dieser beiden Gruppen an der Beratungsbeziehung spezifisch kritisiert wird, wie diese Kritik mit der Involviertheit dieser Gruppen in den Beratungsprozess zusammenhängt und welche Konsequenzen die Interviewten aus dieser Kritik gezogen haben. Eine weitere Dimension seiner Analyse war die Frage, wie die geäußerte Kritik in die finanz- bzw. berufsbiographischen Lebensläufe dieser Gruppen eingebettet ist. Während sich Langenohl der »Organisation der Risikobewertung« aus der Perspektive von an Beratungsprozessen beteiligten Akteuren näherte, beschäftigte sich *Natalia Besedovskiy* (Berlin) mit Ratings durch Ratingagenturen. Besedovskiy argumentierte in ihrem Vortrag, dass Ratings als »mediating devices« zwischen Regierungen und Finanzmärkten fungierten. Während es Regierungen vor allem um die Minimierung von Risiken gehe, sei das Verständnis von Risiko in Finanzmärkten vor allem durch die Vorstellung des Risikomanagements geprägt. Ratings als »mediating devices« würde es beiden Feldern ermöglichen, ihre Konzeption von Risiko aufrecht zu erhalten. Die aktuelle Finanzkrise hätte jedoch Unterschiede und Spannungen zwischen diesen beiden Konzeptionen von Risiko sichtbar werden lassen.

Auch *Sebastian Nagel* (Jena) beschäftigte sich in seinem – zusammen mit *Stefanie Hiß* (Jena) vorbereiteten – Vortrag mit Rating Agenturen. Während Besedovskiy sich mit Ratings aus der Perspektive des Verhältnisses von Finanzmärkten und dem Regierungssystem beschäftigte, verglich Nagel den Wandel der Regulierung von Rating Agenturen in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Nagel zeigte erstens, dass Ratingagenturen in den Vereinigten Staaten wesentlich früher reguliert wurden als in der Europäischen Union. Zweitens zeigte der Referent, dass der Regulierung in der Europäischen Union ein anderer Ansatz zu Grunde lag, als der Regulierung in den Vereinigten Staaten. Nagel argumentierte auf Grundlage von Wandlungstheorien aus dem organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus, dass der Adaption der Regulierung von Ratingagenturen in der Europäischen Union ein Diffusionsprozess vorausging. In der ersten Phase dieses Prozesses wurden zunächst Ursachen für das Versagen der Ratingagenturen in der Finanzkrise identifiziert. Auf Grundlage der so identifizierten Probleme wurden Lösungsvorschläge in einem Theoretisierungsprozess legitimiert. Diese Lösungen seien anschließend in *policies* der Europäischen Union zur Regulierung der Finanzmärkte diffundiert. Im zweiten Vortrag des Panels »Krisenbewältigung« hielt *Lisa Knoll* (Hamburg), die für die erkrankte *Anita Engels* (Hamburg) eingesprungen

ist, einen Vortrag zum Thema »Zur Kompromisshaftigkeit von (Kohlenstoff)märkten«. Auf der Grundlage der Konventionenökonomie argumentierte Knoll, dass Marktordnungen nur dann erfolgreich sein können, wenn sie mit anderen Rechtfertigungsordnungen Kompromisse schließen oder diese Ordnungen für sich nutzbar machen könnten. Diese These demonstrierte sie am Beispiel ihrer Untersuchung von Märkten für CO₂-Emissionsrechte. Ein wesentliches Argument von Knoll war, dass mit der Konventionenökonomie sowohl Produktmärkte als auch Finanzmärkte untersucht werden könnten. Dieser Ansatz könne daher dazu beitragen, die oft nebeneinander stehende Forschung zu Finanzmärkten und Nicht-Finanzmärkten zu verbinden.

Wie *Jürgen Beyer* (Hamburg) in seinem Schlusswort feststellte, hat die Konferenz gezeigt, dass die »Soziologie der Finanzmärkte« sich zu einem vitalen Forschungsfeld innerhalb der deutschen Soziologie entwickelt hat. Sowohl die Vielfalt an theoretischen Ansätzen, als auch die Ebenen mit bzw. auf denen Finanzmärkte auf der Konferenz untersucht worden sind, haben gezeigt, dass die Soziologie einen wesentlichen Beitrag zu einem besseren Verständnis von Finanzmärkten leisten kann. Als besondere Stärke der Soziologie stellte sich auf der Konferenz heraus, dass sie über einen reichhaltigen Theoriekorpus verfügt, der einen mehrdimensionalen Blick sowohl auf Finanzmärkte und Finanzorganisationen als auch auf die in diesen Märkten und Organisationen tätigen Individuen ermöglicht.

Simon Dombrowski